

Die

K. P. D.

im eigenen Spiegel

**Aus der Geschichte
der K.P.D. und der III. Internationale**

176 Seiten. Preis nur 0,75 Mk. In dieser kleinen Schrift wird der Verrat der K.P.D. und der III. Internationale an der Revolution klar aufgezeigt. Jeder klassenbewußte Arbeiter muß das Buch lesen um ein klares Bild von der Doppelzüngigkeit der K.P.D. und III. Internationale zu erhalten.

**Buchhandlung für Arbeiterliteratur
BERLIN SO 36, Lausitzer Platz 13
Buchhandlung - Verlag - Sortiment - Antiquariat**

Volksentscheid

gegen

PANZER- KREUZER

?



Die

K. P. D.

im eigenen Spiegel

**Aus der Geschichte
der K.P.D. und der III. Internationale**

176 Seiten. Preis nur 0,75 Mk. In dieser kleinen Schrift wird der Verrat der K.P.D. und der III. Internationale an der Revolution klar aufgezeigt. Jeder klassenbewußte Arbeiter muß das Buch lesen um ein klares Bild von der Doppelzüngigkeit der K.P.D. und III. Internationale zu erhalten.

**Buchhandlung für Arbeiterliteratur
BERLIN SO 36, Lausitzer Platz 13**

Buchhandlung - Verlag - Sortiment - Antiquariat

Volksentscheid

gegen

PANZER- KREUZER

?



„von ihr erlassenen Gesetze und die Verfassung einfach brechen!“

Wir möchten gleich von vorn herein betonen, daß die KPD. hier wohl etwa schwarz sehen dürfte. Die Bourgeoisie braucht diese „Verfassung“ nicht brechen, weil die KPD. selbst zur Gemühe weiß, daß dieser Volksentscheid eine noch größere Blamage wird wie die „Fürstenabfindung“, bei der sich wohl genügend klar zeigte, daß die ganz große Einheitsfront nicht das Körnchen Kraft in sich trug, um die Abfindung auch nur um ein wenig zu mildern, ganz davon abgesehen, daß selbst dann, wenn die kapitalistische Regierung Millionen gespart hätte, die Proleten davon doch keinen Pfennig bekommen hätten.

Ist man sich also schon über diese beiden Punkte im klaren: daß einmal der Volksentscheid rein zahlenmäßig ein Fiasko ist, und daß, selbst wenn der „Sieg“ erfochten wäre, die Bourgeoisie einfach auf diesen Sieg pfeift, so zeigt das Kampf„objekt“ selbst die ganze Lächerlichkeit des Getues von Politikanten, die lediglich auf ganz indifferente Massen spekulieren; mit deren Hilfe sie glauben, eine für das Proletariat ungeheuer schwerwiegende Frage verdunkeln zu können, weil eben wirklich revolutionäre Erziehungsarbeit ein schlechtes Geschäft für eine Partei ist, die nur von der Dummheit der Massen lebt.

Der Bau von Linienschiffen und Panzerkreuzern soll verboten werden? Und die Torpedoboote? Torpedojäger? Die ganze Reichswehr mit Infanterie, Kavallerie, Artillerie? Die chemische Industrie, die, wie der Sozialdemokrat Hermann Müller in Genf vor der internationalen Presse offen zugegeben hat, sich jederzeit auf eine Kriegsindustrie umstellen läßt? Wer kann heute noch „friedliche“ und „kriegerische“ Giftgase unterscheiden?

Also selbst wenn die Bourgeoisie ihre Verfassung „brechen“ müßte, so träfe sich das Proletariat nach einem solchen „Sieg“ mit allen Militärfachleuten, Sozialdemokraten und Pazifisten, die den „Panzerkreuzer“ ablehnen, weil er militärisch nicht den Wert hat, um daraus eine Beunruhigung entstehen zu lassen. Selbst dieser letzte völlige „Sieg“ endete mit einer Einheitsfront mit der Bourgeoisie, der man laut Gesetz, das dem „Volksentscheid“ zu Grunde liegt, ausdrücklich die wirklichen Rüstungen, auf die es heute ankommt, erlaubt. Jeder Arbeiter kann daran ersehen, daß nicht nur die Methoden, mit welchen die KPD. „kämpft“, völlig lächerlich sind, sondern

daß ihr ganzer Kampf gegen die „Aufrüstung“ selbst ein Bluff ist; eine schamlose Irreführung des Proletariats.

Nach alledem wird dann zeigefingererhebend verkündet, daß diese „geschickt“ gewählten Formulierungen den Zweck haben sollen, das „Ohr“ der Massen erst einmal zu bekommen, um dann, daran „anknüpfend“, die Rüstungsfrage an sich aufzurollen. Ein Spiel, das nun schon viele Jahre betrieben wird, mit dem Erfolg, daß die Sozialdemokratie dabei ganz gut fährt, trotzdem diese neue Rüstung der deutschen Bourgeoisie in den Arbeitern Erinnerungen weckt, gerade aus der „glorreichen“ Zeit der Sozialdemokratie, die die Arbeiter noch nicht vergessen haben. Da, wo es also dringendste Pflicht aller revolutionären Arbeiter ist, das Proletariat darauf hinzuweisen, daß seine Aktion als Klasse gegen den Kapitalismus auf der Tagesordnung steht, und die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als Teile des kapitalistischen Staates selbst die unvermeidlichen Träger der Politik zu einem neuen 1914 sind, und das Proletariat als Klasse neue Formen der Aktion und Organisation finden muß, um, gewappnet mit den Lehren seiner eigenen Vergangenheit, an seiner eigenen Rüstung zu arbeiten; — da biegt die KPD. die ersten Ansätze eines ideologischen Wiedererwachens der Arbeiterklasse um und läßt die dämmernde Erkenntnis münden in die Sackgasse des parlamentarischen Theaters.

Sie bleibt sich natürlich dabei nur selbst treu. Wie sie die Arbeiter in die konterrevolutionären Gewerkschaften treibt, damit dort von den Wirtschaftsdemokraten ihre Kraft gelähmt und gebrochen werden kann, so legt sie hier auch politisch ihre Leimruten der radikalen Phrase, um dem Proletariat immer wieder den Glauben an die Demokratie zu erhalten. Sie ist unfähig, das Problem selbst zu lösen, den Arbeitern einen Weg zu weisen. Sie selbst ist nur eine sozialdemokratische Konkurrenzpartei, deren politische Geschäftemacherei mit dem wirklichen Klassenkampf des Proletariats nicht das mindeste zu tun hat.

Die pazifistischen Illusionen der Sozialdemokraten sind in der Luft des Genfer imperialistischen „Völkerbundes“ zusammengebrochen. Alle Welt spricht von dem kommenden Krieg. Alle Welt bereitet sich darauf vor. Arbeiter, seid ihr vorbereitet? Wo wird euch der neue Krieg finden? Neben eurer Bourgeoisie, als treue Knechte der beutegierigen Schildknappen irgend einer der imperialistischen Mächte, oder im schonungslosen Kampf, im offenen Aufstand gegen eure eigene Bourgeoisie, solidarisch mit dem klassenbewußten Proletariat

Im November erscheint:

Der historische Materialismus

Von Hermann Gorter

Preis: broschürt 1,— Mk., gebd. (ganzleinen) 2,50 Mk.

Die Herausgabe dieser 3. erweiterten Auflage ist ein wertvolles Vermächtnis Hermann Gorters an die Arbeiterklasse. Das Werk stellt nicht nur eine klare, sprudelnde Quelle des Wissens dar, sondern es wird in der Hand des denkenden Arbeiters eine scharfe unentbehrliche Waffe im Dienste der proletarischen Klassenbefreiung.

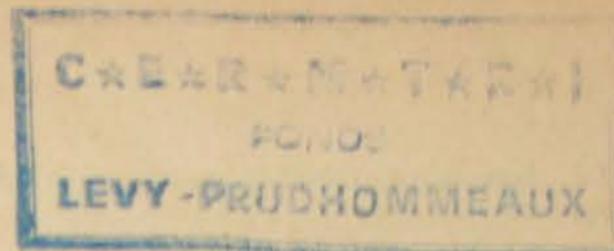
Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt v. Verlag

**Buchhandlung für Arbeiterliteratur
BERLIN SO 36, Lausitzer Platz 13**

Verlag

Sortiment

Antiquariat



Volksbegehren

Die schon genügend ramponierte Anziehungskraft der Verfassung der demokratischen Republik soll also wieder einmal die „Macht“ vom „Volk“ ausgehen lassen. Es wäre nicht verwunderlich, wenn die demokratischen Parteien des deutschen Geldsacks auf den Gedanken kämen, an einer belanglosen Angelegenheit das demokratische Theater einmal ein bißchen zu beleben, um den stutzig werdenden Untertanen neue Illusionen einzupflanzen. Wie gesagt: das wäre nicht verwunderlich, so als letztes Mittel das Proletariat auszusöhnen — bevor man zum Knüttel greift. Aber die Herren über ihre Verfassung haben noch nicht einmal das nötig. Sie haben ihre Menager in Gestalt der „Arbeiterparteien“. Und auch diese arbeiten mit gut verteilten Rollen. Die Sozialdemokratie warnt schon vorher, diese Waffe „abzustumpfen“, wird sie also durch ihre Nichtbeteiligung „scharf“ halten, wenn die Blamage und Enttäuschung, die die KPD, diesmal als unbestrittenen Erfolg buchen kann, da ist.

Die KPD, scheint sich dieser Blamage vollkommen bewußt zu sein, und baut vor. Sie fängt sehr bescheiden an, und stellt als ersten zu erreichenden „Erfolg“ hin, daß 4 124 473 Unterschriften nötig sind für das „Volksbegehren“.

Erst dann kann dieses Volksbegehren der Auftakt zum „Volksentscheid“ werden; wenn eben die Bourgeoisie das Theater duldet. Daß das auch anders kommen kann, darüber belehrt uns niemand anders als die „Rote Fahne“ selbst, worüber sich jeder noch in der Nummer vom 26. September überzeugen kann:

„Natürlich kommt es bei dem Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau nicht auf diese rechtlichen Fragen an. Bekanntlich geht im kapitalistischen Staate Macht vor Recht, und die Bourgeoisie wird, wenn die Durchführung ihrer Politik auf Schwierigkeiten stößt oder ihre materiellen Interessen auf dem Spiel stehen, keinen Augenblick zögern, alle

der westlichen Industrieländer, der mitteleuropäischen Staaten und des neuen russischen Imperialismus?

Das ist die Frage, wie sie steht, und schicksalsschwanger der proletarischen Klasse entgegenschreit:

Nur die Erkenntnis gefahrenschwangerer Schicksalsverbundenheit der Proletarier von Betrieb zu Betrieb, von Stadt zu Stadt, von Land zu Land allein kann der Wall sein, der nicht nur gegen den „kommenden“ Krieg aufwachsen, sondern das unzerstörbare Fundament sein muß gegen die Kapitalsoffensive überhaupt. Die Massenaktion gegen den Kapitalismus und seinen demokratischen Schlichtungsfaschismus ist der Weg, die Betriebsorganisationen als Hebel der Aktion und Glieder der Klasseneinheit, der Allgemeinen Arbeiterunion, sind die Waffen, die die Arbeiterklasse schmieden muß, wenn sie kämpfen, und siegen will.

„Vergessene Lehren“

Die Wochen nach dem neuen offenen Bekenntnis der sozialdemokratischen Minister zur Aufrüstung und Verteidigung des demokratischen Vaterlandes haben schon manche Zweifel zerstört darüber, ob es eine „Zwangslage“ war, in die die „bewährten Führer“ hineingeschliddert sind, oder eine bewußte Problemstellung der Sozialdemokratie, um die vom Kriege her noch stark nachwirkenden pazifistischen Strömungen in der Partei zu überwinden. Heute liegen die Dinge bereits in vollender Klarheit vor uns. Severing hat mit dem Parteivorstand das Stichwort gegeben, daß die Sozialdemokratie nicht „dem Pazifismus verpflichtet ist“. Der kommende Parteitag müsse unter Ablehnung der pazifistischen Gefühlsduselei zum Wehrproblem „positiv“ Stellung nehmen. Nörpel erklärte auf dem Kongreß des ADGB. „Es ist ein Irrsinn sondersgleichen, in einem Lande, wie Deutschland, daß in so vielfacher Beziehung schon nach unserem Willen gestaltet worden ist, wo Genossen und Kollegen in fast allen Regierungen und fast allen maßgebenden Körperschaften sitzen, von einem kapitalistisch-bürgerlichen Staat zu sprechen, den man bekämpfen und verneinen muß.“ — Hier liegt für jedermann deutlich die positive Lösung des „Wehrproblems“: Der demokratisch-kapitalistische Staat ist ein Stück, oder die Plattform, die Grundlage des „Sozialismus“, der nach innen und nach außen „verteidigt“ werden muß. Auch wenn diese Erkenntnis bis heute verschlossen blieb, trotzdem diese Konsequenzen die unvermeidlichen Früchte des Reformismus sind, der kann an diesen nüchternen Tatsachen erkennen, daß das Proletariat noch vor denselben Fragen steht, die der Weltkrieg ihm stellte.

Es war bis heute immer noch eine „Lücke“ in dem geschichtlichen Alibi der „Völkerbefreienden“. Sie ging gespalten durch das Meer von Blut hindurch, um sich am Ufer des Blutstroms wieder zu vereinigen. Aber jene Wiedervereinigung war nicht das Ergebnis der inneren Klärung und der gesunden Selbstkritik, sondern erfolgte auf dem Sumpf des Opportunismus. Jeder Teil behielt im Grunde seines Herzens

„Recht“, und dieser noch vorhandene innere Zwiespalt wurde überbrückt durch Küsse der Führer auf der Bühne des Parteitages in Nürnberg. Die Massen jubelten — über diesen dreckigen Betrug.

So lange das deutsche Kapital infolge der Kommissstiefel der Sieger, die diese ihm unerbittlich auf dem Genick hielten, den Pazifismus als Mittel der bürgerlichen Politik vorziehen mußte, konnte auch die Sozialdemokratie im Schlamm dieses Pazifismus ihr wahres Gesicht verbergen. Das pazifistische Geschrei der ehemaligen Unabhängigen, die die „Rechten“ bis kurz vor der Vereinigung als Bluthunde der deutschen Revolution und als Knechte des deutschen Militarismus brandmarkten, konnte der bürgerlich-sozialdemokratischen Politik in Deutschland deswegen keinen Schaden tun, weil der Pazifismus zur notwendigen Mode geworden war, und deshalb konnte auch die Vereinigung ohne momentane Rückwirkungen vor sich gehen. Aber dadurch, daß die Arbeiterklasse in ihrer Mehrheit nicht die Konsequenzen aus dem Verrat von 1914 zog, deshalb aktionsfähig blieb und besiegt werden mußte, standen nach der Niederlage wieder dieselben Probleme vor dem Proletariat. Sie schlummerten unter Streit und Geschrei, wurden überdeckt mit Wahltheater und dem nationalbolschewistischen Radau der KPD. Der Panzerkreuzer, der nun auf dem politischen Horizonte erschien, hat bewirkt, daß diese Frage auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei gestellt wurde.

Wir haben eingangs schon gesehen, daß die Sozialdemokratie gewillt ist, den Kurs 1914 auch mit seinen letzten Konsequenzen als jene Wegstrecke in der gesamten Politik der Partei zu reklamieren, die zu den Glanzzeiten der Sozialdemokratie gehört. Es ist für jede Partei unerträglich, einen schwarzen Fleck in ihrer Geschichte zu behalten. Die Sozialdemokratie ist dabei, hier endlich jedes Mißverständnis aus dem Wege zu räumen. Die Verräter — das ist der tiefere Sinn der „positiven Problemstellung“ zum Wehretat, — das waren nicht die Noske, Wels, Scheidemann und Konsorten, sondern die Pazifisten, denen die Sozialdemokratie nicht verpflichtet ist!

Es ist zumindest erstaunlich, mit welcher Hartnäckigkeit die heutigen „Linken“ dem wirklichen Problem und seiner Lösung aus dem Wege gehen. Man erfährt da nicht, was eigentlich „abgelehnt“ werden soll, denn anlässlich der Ablehnung des Wehretats durch die Sozialdemokratie schon hätten sie öfter als einmal Gelegenheit gehabt, sich von der

Begründung ihrer eigenen Partei zu überzeugen, daß die Sozialdemokratie hier lediglich einen Klimmzug mache, um sich in die Regierungssessel zu schwingen. Die Republik und ihre Reichswehr waren ihr nicht „demokratisch“ genug. Nun kann man sich aber bei Nörpel überzeugen, welche große gesellschaftliche Veränderungen durch die Postenbesetzung der Genossen und Kollegen vor sich gegangen sind. So wird denn der Pazifismus der Usepeter zum Irrsinn immer dann, wenn der vaterländische Imperialismus durch imperialistische Gegenkräfte nicht paralysiert werden kann. Das ist heute der Fall. Die Sozialdemokratie erhebt wieder offen die Fahne von 1914.

Liegt schon bei Betrachtung der Frage des Militarismus vollkommen klar, daß die alten Gleise der Arbeiterbewegung in immer neues Verderben führen müssen, so lehrt ein kurzes Verweilen bei der Frage der Aktionsfähigkeit — oder -unfähigkeit des Proletariats 1914 ganz unzweideutig, daß die Stellung zum Militarismus nur die eine Seite der Sache ist, und die Voraussetzung für die proletarische Lösung die Bewegungs- und Aktionsfreiheit des Proletariats überhaupt ist. 1914 war das Proletariat nur traditionell an die Organisationen gebunden; es wollte das Haus nicht abbrechen, in dem es sich gestern noch ganz gut wohnte, um nach dem Erdbeben wieder zurückkehren zu können. Heute sind die Dinge wesentlich anders. Die Gewerkschaften sind — das bestätigt Nörpel mit unterüberraffener Bonzennaivität — zu Bestandteilen des kapitalistischen Staates geworden; die Gewerkschaftsbürokratie ist Staatsbürokratie. Den „Eroberern“ erwachsen nie geahnte Aufgaben. Sie, die durch ihre „Eroberung“ in jene Schutzburgen des Staates eindringen, und diese erobern „wollen“, belehren uns durch ihre „geschickte“ Taktik, daß man nur „geschickt“ genug sein braucht, um dann fortfahrend auf diesem Wege, gleich den übrigen Rest von Staat zu erobern. So wird die prinzipielle Stellung des Proletariats zum Staat: daß dieser nicht erobert, sondern zertrümmert werden müsse, auch in den Augen der rechten und linken Stalinisten zum Unsinn, Marx zum reaktionären Utopisten und die proletarische Revolution der Tat — im Maul kann man sie immer haben — zu einem überflüssigen Balast. Diese Leute wundern sich, daß ihre Bonzen so leicht den Weg zur Sozialdemokratie finden. Sie ebnen ihnen geradezu die Wege.

Das Proletariat ist heute — die Bourgeoisie hat gut gearbeitet! — als Mitglied der Gewerkschaften durch diese zum

disziplinierten Staatsbürger geworden. Es darf „streiken“, wenn dieser Staat durch seine Schlichtungsorgane die Erlaubnis gibt, und er gibt sie immer, wenn es nötig ist, daß sich ein Teil der Arbeiter die angesammelte Wut abreagiert. Aber die Aktionsfreiheit ist dem Proletariat genommen. Im „sozialistischen“ Staat — immer nach Nörpel, und natürlich aller „Wirtschaftsdemokraten“ — wird natürlich der Streik überhaupt Unsinn. Der „Klassenkampf“ wird geregelt durch Tarifverträge, deren Einhaltung moralisches Gebot ist — für die Arbeiter, um dadurch die Kapitalisten zu beschämen. Diesen „sozialistischen Aufbau“ — das Waffenarsenal der Bolschewiki für die Sozialdemokratie scheint unerschöpflich — darf man nicht sabotieren, nicht ohne Verteidigung lassen. Er steht unter dem Schutz der sozialistischen Reichswehr und den sozialistischen Panzerkreuzern. Ein Staat der nicht kapitalistisch ist, kann natürlich auch kein kapitalistisches Heer und Flotte haben.

So erhebt sich im Kopf eines Staatsbeamten, abkommandiert für die Abteilung Gewerkschaften, das sozialistische Gebäude — während das Proletariat in immer grauenhafteres Elend versinkt, von der Rationalisierung wie Zitronen ausgequetscht wird.

So rollt der Panzerkreuzer von neuem die Frage der proletarischen Aktion und Organisation auf. Die Massen, die rebellieren, weil sie die blutige Katastrophe in ihrer zwangsläufigkeit von neuem hereinbrechen sahen, sehen an dieser Frage, daß ihre Kräfte genau so gefesselt sind wie im Kampf gegen die mörderische Offensive des Kapitalismus überhaupt. Nur eine politisch verlumpte Partei wie die KPD. kann die Arbeiter ermuntern, vermittels eines demokratischen Faschings, genannt „Volksentscheid“, gegen den Militarismus zu „kämpfen“. Der Staat als die organisierte Gewalt der Bourgeoisie gegen das Proletariat erlaubt gern einige faule Späße, um den Untertanen den Glauben an die Demokratie zu erhalten. Aber sonst nichts.

Das Schicksal des Proletariats jedoch kann nur geschmiedet werden durch die organisierte Klassengewalt des Proletariats, die in den Betrieben wurzelt, und durch organisatorische Bande der Betriebsorganisationen untereinander zu einer Klasseneinheit der Allgemeinen Arbeiter-Union verschmolzen werden muß. Die Kommunistische Arbeiterpartei hat von Anfang an diesen Weg gewiesen; daß er richtig ist, wird auch an dieser Frage jedem denkenden Arbeiter bestätigt.

Krieg und Abrüstung

Kapitalismus und Krieg.

Der monopolistische Kapitalismus krümmt sich noch in der Nachkriegskrise. Die nationalen und internationalen Ueberwindungsversuche haben kurzatmig die Wirtschaft belebt und dabei die imperialistischen Bestrebungen aller kapitalistischen Länder mit allen Konsequenzen an die Oberfläche getrieben. Durch den Krieg ist die Industrialisierung der Welt kolossal gefördert worden. England, die Werkstatt der Welt, ist in seiner Machtstellung bedroht. Amerika, der Finanzgläubiger Europas, schickt sich an, den englischen Platz zu besetzen, während es gleichzeitig Latein-Amerika durch seine Finanzpolitik beherrscht.

Im fernen Osten ist China und Indien erwacht. Blut und Tränen bezeichnen den Weg der Entwicklung. In Europa ist der Gegensatz Frankreich-England durch die gemeinsame Front gegen Amerika überschattet. Das deutsche Kapital hat, nachdem es lange zwei Eisen im Feuer hatte, unter Ausnutzung des englisch-französischen Gegensatzes seine neuen imperialistischen Fühler ausgestreckt. In Mussolinis tobt sich ein Halbverrückter aus und fingert mit kriegerischen Allüren auf dem Balkan. Die letzte Tagung der Abrüstungskommission des Völkerbundes war ein vollständiges Fiasko.

Die Lage des Proletariats verschlechtert sich durch wachsende Teuerung und verschärfte Ausbeutung. Die Massenarbeitslosigkeit ist zu einer ständigen Erscheinung geworden. So wächst der Druck auf die Massen und mit ihm der Klassengegensatz. Der Konfliktstoff häuft sich rapide an und wird in seinem Wachstum von offenen und verdeckten, modernen, militärischen Rüstungen begleitet. In den Bündnissen und geheimen Abkommen der kapitalistischen Staaten zeichnen sich schon die **dämmernden Konturen neuer Kriege**. Noch liegt allerdings den herrschenden Klassen der Weltkrieg wie Blei im Magen. Die Angst vor dem Zusammenbruch mit seinem revolutionären Auftakt und die bange Ungewißheit, ob die Kräfte ausreichen, den Kapitalismus vor dem Kommunismus zu retten, lassen die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Klassen in Kriegsächtung und Pazifismus machen. Es handelt sich dabei nicht um einen grundsätzlichen Pazifismus, dessen Wurzeln in einem wirklichkeitsfremden abstrakten Menschlichkeitsgefühl liegen, sondern um ein taktisches Manöver pazifistischer Militaristen, das die Massen ablenken und einhüllen und als

Tarnkappe für ungestörte neue Kriegsvorbereitungen dienen soll. Will das Proletariat, nicht wie 1914, verraten und verlassen auf die Schlachtbank geführt und seine organisatorische Kraft vor den Kriegswagen des Imperialismus gespannt werden, dann gilt es, dieses heuchlerische Winken mit dem Friedenswedel durch eine **revolutionäre Klassenpolitik** zu zer schlagen. Klare Erkenntnis über das Wesen von Krieg und Abrüstung ist um so notwendiger, als die Bewilligung des Panzerkreuzers durch sozialdemokratische Minister und der Volksentscheidsrundel der KPD, zwei Seiten derselben **bürgerlichen Einstellung** sind. Für den Kapitalismus ist der Krieg „ein Glied in Gottes Weltordnung“ (Moltke). „Der Krieg ist keine Zufälligkeit, keine Sünde, wie die christlichen Pfaffen (die Patriotismus, Humanität und Frieden genau so predigen wie die Opportunisten) glauben, sondern eine **unvermeidliche Stufe des Kapitalismus**, eine ebenso berechnete Form des kapitalistischen Daseins wie der Friede“ (Lenin). In der kapitalistischen Klassenwirtschaft und ihrer Entfaltung bildet der Krieg einen **wesentlichen Bestandteil**, wobei der wachsende Kriegsscharakter und seine Form den wechselnden Entwicklungsstufen der Profitwirtschaft entsprechen. So ist der Krieg im Kapitalismus „die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln“ (Clausewitz).

Proletariat und Krieg.

Die Stellung des Proletariats zum Kriege wird nicht bestimmt von einem utopischen Friedensgefühl, sondern ergibt sich aus den Klassenverhältnissen im allgemeinen und seiner Klassenlage im besonderen. Für die Arbeiterklasse gilt nicht einfach die mechanische Schablone Krieg ist Krieg. Sie hat bei allen kriegerischen Zusammenstößen nach ihren bestimmten Ursachen und Voraussetzungen sowohl als auch nach ihren Folgerungen zu fragen. Ebenso darf nicht verkannt werden, daß Kriege sehr oft das Tempo der Entwicklung in den gesellschaftlichen Kämpfen beschleunigten. Ja nicht nur beschleunigten, sondern den **Entscheidungskampf zwischen untergehenden und neuauftretenden Klassen auslösten**.

Von Beachtung ist in diesem Zusammenhang eine Stelle aus Marx „die Klassenkämpfe in Frankreich“, die lautet: „In Frankreich tut der Kleinbürger, was normalerweise der industrielle Bourgeois tun müßte (um parlamentarische Rechte kämpfen). Der Arbeiter tut, was normalerweise die Aufgabe des Kleinbürgers wäre (um die demokratische Republik kämpfen); und die Aufgabe des Arbeiters, wer löst sie? Niemand. Sie wird nicht in Frankreich gelöst, sie wird in Frankreich proklamiert. Sie wird nirgendwo gelöst innerhalb der nationalen Wände. Der Klassenkrieg innerhalb der französischen Gesellschaft schlägt um in einen Weltkrieg, worin sich die Nationen gegenüber treten. Die Lösung, sie beginnt erst in dem Augenblick, wo durch den Weltkrieg das Proletariat an die Spitze des Volkes getrieben wird, das den Weltmarkt beherrscht, an die Spitze Englands. Die Revolution, die hier

nicht ihr Ende, sondern organisatorischen Anfang findet, ist keine kurzatmige Revolution.“

Gewiß irrte Marx, wenn er (damals mit Recht) annahm, daß das englische Proletariat an der Spitze der Revolution marschieren würde. Die nachfolgende im Gewaltschritt vor sich gehende industrielle Entwicklung Deutschlands hat diese Rolle dem deutschen Proletariat zugewiesen. Aber in dem entscheidenden Punkt zeigte sich Marx' geschichtlicher Seherblick, wenn er den Anfang der endgültigen Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital in dem Ende des Weltkrieges sah. Die Rückläufe und Schwierigkeiten der Weltrevolution sind allerdings nicht minder auch dadurch verschuldet, daß sie nicht dem positiven bewußten Angriff der Arbeiterklasse, sondern einem Umschlag des militärischen Zusammenbruchs entsprang. Am Ende von 4 Jahren Mord und Blut war es nicht leicht zu begreifen, daß der eigentliche Krieg, nämlich der zwischen Proletariat und Bourgeoisie erst begann.

Die Proletarier werden immer die Kriege als eine barbarische Sache betrachten und sie trotz ihres fördernden Einflusses auf die gesellschaftliche Entwicklung keineswegs als „letzte Hoffnung“ herbeiwünschen, aber sie verkennen doch nicht, daß ungeachtet aller Greuel die Kriege **im geschichtlichen Prozeß fortschrittlich** waren, weil sie konservative und reaktionäre Einrichtungen, wie Absolutismus, Leibeigenschaft und Despotismus, beseitigten.

In der Stellung zum Krieg und zur Abrüstung besteht ein Unterschied zwischen der proletarischen und bürgerlichen Auffassung. Die bürgerlichen Friedensschwärmer, soweit sie nicht verkappte Militaristen sind oder ihr Pazifismus eine betrügerische Einnebelung ist, schweben in den luftigen Gefilden einer utopischen Ideologie. Sie wollen über dem Wege der „Verständigung“ und der moralischen Achtung Militarismus und Kriege Stück für Stück abschaffen. Ihr ideologischer Standpunkt versperrt ihnen den Einblick in die **materielle Grundlage und Dialektik der Kriege**. Diese Politik ist ein Irrlicht und führt in den Sumpf der Kriegsknechtschaft. Um zum Frieden zu kommen, muß das Proletariat den ursächlichen Zusammenhang zwischen Kapital, Krieg und Klassenkampf begreifen. Es muß erkennen, daß das Ende der Kriege erst mit dem **Ende der Klassengesellschaft** möglich wird. Damit muß es auch anerkennen die Notwendigkeit des Bürgerkrieges, des Krieges der unterdrückten Klassen gegen die Untendrücker und dessen fortschrittlichen Charakter.

Ursachen des Krieges.

Wo liegen die allgemeinen Ursachen der Kriege im Zeitalter des Imperialismus. Durch die technische Entwicklung wachsen die Produktivkräfte ins Ungeheure. Der innere Markt kann die Flut der Produkte nicht verdauen und der Ueberfluß drängt nach Absatz. Gleichzeitig drängen die aufgespeicherten Kapitalien zwecks Akkumulation nach Verwendung. Da der Binnenmarkt keine gewinnbringende Anlage mehr bietet, findet

ein **Waren- und Kapitalexpert** statt. Die Bankkonzerne borgen den kapitalarmen unentwickelten Ländern gegen hohe Zinsen und Deckung Geld für Armee, Bahn- und Straßenbau. Der Staat, durch die wachsenden Staatsschulden in Abhängigkeit vom Kapital geraten, wird Hüter der kapitalistischen Interessen im Ausland. Nichtpünktliche Einhaltung der finanziellen Verpflichtungen führt zu diplomatischem Druck, militärischer Besetzung und Krieg. Verbunden und unterstützt wird diese Politik durch die Ausdehnungsbestrebungen des Kapitals, die zu Differenzen und Reibungen führt. Damit verschlungen ist gleichzeitig der Kampf um die Rohstoffquellen und ihre Ausbeutung. So ist die imperialistische Periode begleitet von kriegerischen Konflikten und uferlosen Rüstungen. **Kapitalistische Interessen sind es also, die zum Kriege führen**, ganz gleich, welch besonderes konkretes Ereignis der Funke ins Pulverfaß ist.

Diese Zwangsläufigkeit der kapitalistischen Entwicklung nennt der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, den „politischen Wunderglauben“ und „die Möglichkeit der Wiederkehr eines neuen 1914 eine Illusion, um über die Trübseligkeit der ausweglosen Perspektive hinweg zu kommen“. Für das Stampferorgan ist die kapitalistische Entwicklung der Produktivkräfte mit ihrer Steigerung der Gegensätze und dem kriegerischen Austragen, „das wieder aufwärmen der alten vulgärmarxistischen Theorie“. Die Koalitionspolitik ist nach ihm „die beste Garantie des Friedens“.

So wenig das Proletariat gewillt ist, der Entwicklung zum Kriege mit gekreuzten Armen gegenüberzustehen, so wenig ist es geneigt, auf diesen faulen Wechsel der Sozialpatrioten seine Friedenspolitik aufzubauen. Die proletarische Friedenspolitik basiert auf der Propagierung und Durchführung **revolutionärer Massenaktionen gegen das Kapital**.

Ueber Kriegstechnik.

Mit der Rationalisierung der Wirtschaft geht die Mechanisierung des Kriegshandwerks gleichen Schritt. Waffen gehören zu den Werkzeugen. Vollkommenere Werkzeuge bedeuten vollkommeneren Gewaltwerkzeuge. „Der Sieg der Gewalt beruht auf der Produktion von Waffen, und diese wieder auf der Produktion überhaupt, also — auf der ökonomischen Macht, auf der Wirtschaftslage auf den der Gewalt zur Verfügung stehenden materiellen Mitteln“.

— — „Bewaffung, Zusammensetzung, Organisation, Taktik und Strategie hängen vor allem ab von der jedesmaligen Produktionsstufe und den Kommunikationen.“ (Engel Anti-Dühring.) So entscheidet heute nicht mehr die numerische Größe der stehenden Heere, da genügen vollkommen kleine Berufskadres, sondern entscheidend ist der Stand der Technik und Produktion **in Chemi, Maschinen und Flugzeugen**, die sich heute, wie der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller in Genf erklärt hat, jederzeit auf **die Kriegsindustrie umstellen lassen**.

Die Frage der nationalen Kriege.

Wie wir schon zeigten, wirkten die Kriege trotz aller Barbarei häufig fortschrittlich in der Geschichte. Besonders wurden durch sie schlecht und recht die staatspolitischen Voraussetzungen der kapitalistischen Warenproduktion geschaffen.

Die Profitordnung bedurfte zu ihrer Entfaltung geschlossener Nationalstaaten mit einer zentralen Gewalt. In einer Reihe von Kriegen fand diese Entwicklung mit dem 70er Feldzug ihren Abschluß. Marx schreibt in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich“ dies im hohen Lied auf die Pariser Kommune: „Der höchste heroische Aufschwung, dessen die alte Gesellschaft noch fähig war, ist der Nationalkrieg, und dieser erweist sich jetzt als reiner **Regierungsschwindel**, der keinen anderen Zweck mehr hat, als den Klassenkampf hinauszuschieben, und der beiseite fliegt, sobald der Klassenkampf im Bürgerkrieg auflodert.“

Die Periode der nationalen Kriege ist vorbei, auch dort, wo die industrielle Entwicklung erst durch den Weltkrieg angeregt jetzt mit Riesenschritten nachholt. Diese Länder wiederholen nicht alle die einzelnen Stufen der Profitordnung von der Manufaktur an. Was sich dort bildet, ist **Monopolkapitalismus**. Die militärischen Unternehmen im Zeitalter des Imperialismus, auch wenn sie unter nationaler Flagge segeln, haben keinen nationalen Charakter mehr.

Ganz klar wurde das von der Gruppe Internationale (später Spartakus) in ihren Thesen zum Kriege formuliert. „Der Weltkrieg dient weder der nationalen Verteidigung noch den wirtschaftlichen oder politischen Interessen irgendwelcher Volksmassen, er ist lediglich eine Ausgeburt imperialistischer Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Klassen verschiedener Länder, um die Weltherrschaft und um das Monopol in der Ausbeutung und Unterdrückung der noch nicht vom Kapital beherrschten Gebiete. **In der Aera dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben**. Die nationalen Interessen dienen nur als Täuschungsmittel, um die arbeitenden Volksmassen ihrem Todfeind, dem Imperialismus, dienstbar zu machen.“

Die entgegengesetzte Auffassung vertritt die 3. Internationale und ihr Führer Lenin in einem Artikel „Die Junius-Broschüre“, abgedruckt im Sammelband „Gegen den Strom“. Für den Krieg 14/18 will er „den entscheidenden Einfluß der imperialistischen Lage der Dinge als vollkommen recht gelten lassen“, aber „es wäre ein Fehler, diese Wahrheit zu übertreiben, sich von der marxistischen Forderung, konkret zu sein, zu entfernen und die Beurteilung des jetzigen Krieges auf alle in einer Zeit des Imperialismus möglichen Kriege zu übertragen und die nationalen Bewegungen gegen den Imperialismus außeracht zu lassen.“ Lenin stellte die These auf: „Ein nationaler Krieg kann sich in einen imperialistischen verwandeln, und umgekehrt.“ (Ebenda.) Er hielt sogar den Umschlag des Weltkrieges in einen nationalen für möglich: „... wenn dieser Krieg . . . mit einer Unterjochung einer ganzen Reihe lebensfähiger Nationalstaaten enden würde, . . . dann wäre ein großer

nationaler Krieg in Europa möglich.“ Weiter heißt es: „Nationale Kriege von seiten der Kolonien und Halbkolonien sind in der Epoche des Imperialismus nicht nur wahrscheinlich, sondern unvermeidlich.“

Die Taktik der 3. Internationale ist bei verschiedensten Anlässen von dieser falschen Auffassung diktiert gewesen. Dieser Leninismus hat in Deutschland bei der Eröffnung des Ruhrkrieges zu der grotesken **Einheitsfront von Ruth Fischer bis zu dem Völkischen Graf Revenlow geführt**. Er erzeugte einen blöden Nationalismus in den Spalten der „Roten Fahne“ und die Verherrlichung Schlageters durch Radek. Auf der Basis dieser Nationalkriege beruht aber auch das Bündnis-Angebot Rußlands an die Ebert-Wirth-Rathenau-Regierung, und die **Belieferung der deutschen weißgardistischen Soldateska mit Granaten** zur Niederkartätschung der Revolution.

Die Verkennung von der Möglichkeit der nationalen Kriege im Zeitalter des Imperialismus hat die 3. Internationale lange Zeit zum Troßbuben der Kuomintangpartei in der chinesischen Revolution gemacht, dieser Noskepartei, deren Blut- und Henkerarbeit am chinesischen Proletariat sich unter der Losung der nationalen Befreiung vollzog. Die Unterstützungspolitik der 3. Internationale für die sogenannten national unterdrückten Staaten diente „nur als Täuschungsmittel, um die arbeitenden Volksmassen ihrem Todfeind, des Imperialismus, dienstbar zu machen“, führte zur konterrevolutionären Einheitsfront mit der Bourgeoisie.

Abrüstung und Frieden.

Die KPD. hat augenblicklich einen neuen Schlager, der Kampf gegen den Panzerkreuzer durch den Volksentscheid. Sie ist parlamentarisch-verfassungstreu geworden bis auf die Knochen. Die „Rote Fahne“ überschlägt sich im Weitstanz politischer Phrasen. Um was geht es? Nun, erstens will man die SPD. entlarven und zum ändern sollen die Massen mobilisiert werden für Abrüstung. Zunächst sollen allerdings nur die Kreuzer abmontiert werden, um davon Häuser zu bauen. Dieser

Volksentscheid ist Volksbetrug.

Der Krieg ist ein eherner Bestandteil des Kapitalismus und der Militarismus in jeder Form die Vorbereitung zum Kriege. Durch stückweises Abrüsten den Krieg zu bannen und damit Friedenssicherheiten zu schaffen, verkennt nicht nur die materielle Basis, sondern ist die Rückentwicklung von der Wissenschaft zur Utopie. Die Abrüstungspropaganda der 2. und 3. Internationale hat nicht als Grundlage die Ueberwindung des Kapitalismus durch Bürgerkrieg und Kommunismus, sondern appelliert an die Menschlichkeit und Einsicht der herrschenden Klassen. Soweit die Massen von der 3. Internationale mobilisiert werden, geschieht es nicht gegen die bürgerliche Ordnung, sondern auf dem Boden der Verfassung.

Wie an anderer Stelle dieser Broschüre gezeigt wird, nimmt die koalitionsfähige Sozialdemokratie heute eine andere Stellung ein zum Weltproblem wie früher. Aber auch in der Abrüstungsfrage hat sie eine volle Wendung vollzogen. Sie sieht die Friedenssicherheiten rein in staatlichen Abkommen und Schiedsverfahren. In der auf dem Brüsseler Kongreß angenommenen Entschließung zur Abrüstungsfrage fordert die S.A.I., „daß alle internationalen Konflikte dem obligatorischen Schiedsverfahren oder einem anderen Verfahren friedlicher Beilegung unterworfen werden“.

In Wirklichkeit sind solche **Verfahren und Bestimmungen Zwirnsäden**, über die niemand stolpert, oder aber sie sind frei nach Michaelis, „wie ich sie auffasse“. Ein Schulbeispiel ist der Kelloggspakt, Kriegächtungsvertrag, den auch nachträglich Rußland unterzeichnet hat. Seine kurze Fassung lautet:

Artikel 1.

„Die Hohen Vertragsschließenden Parteien erklären feierlich im Namen ihrer Völker, daß sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten.“

Artikel 2.

„Die Hohen Vertragsschließenden Parteien vereinbaren, daß die Regelung und Entscheidung aller Streitigkeiten oder Konflikte, die zwischen ihnen entstehen könnten, welcher Art oder welchen Ursprungs sie auch sein mögen, niemals anders als durch friedliche Mittel angestrebt werden soll.“

Sehen wir davon ab, daß dieser Vertrag eine Einnischung Amerikas in europäische Verhältnisse zur Sicherung des Zinsendienstes ist, so hinderte er die „Hohe“ Sternbannerpartei durchaus daran, während sie mit der einen Hand die Feder führte, mit der anderen das Schwert gegen den Nachbarstaat Nikaragua zu schwingen. Praktischen Wert haben solche Abkommen nicht. Höchstens daß man sich beim nächsten Krieg wechselseitig des Vertragsbruchs beschuldigt.

III. Internationale und Abrüstung.

In denselben Bahnen marschiert die 3. Internationale als ein Werkzeug russischer Staatspolitik. Die russische Regierung beteiligt sich an den Abrüstungskonferenzen des Völkerbundes. Auf der Genfer Dezembertagung 1927 legte ihr Vertreter Littwinow eine Leporelloliste von Abrüstungsforderungen vor, die innerhalb eines Jahres den Militarismus mit allem Drum und Dran mit Stumpf und Stiel ausrotten wollte, **ohne dabei dem Kapitalismus wehe zu tun**. Wenn den Ländern aber dieser Friedenswille zu grob sei, so wäre man auch mit einem etappenweisen Abbau zufrieden. Die Herren Bourgeoisie-Diplomaten lehnten die leninistische Abrüstung ab, trotz aller Lungenkraft des Friedensapostels Littwinow.

Im grellen Gegensatz zu der Genfer Praxis lautete eine Stelle in der russischen Deklaration zur Tagung folgender-

maßen: „Die Sowjetregierung ist der Meinung, wie sie es übrigens immer (?) erklärt hat, daß unter Bedingungen des kapitalistischen Systems kein Grund vorliegt, zu glauben, daß man die Ursachen bewaffneter Konflikte abschaffen könnte. Der Militarismus und Marinismus sind natürliche Konsequenzen, die dem Kapitalismus innewohnen.“

Der Widerspruch zwischen dieser Theorie und der Genfer Praxis läßt sich nicht mit der Erklärung von Entlarvungstaktik überbrücken. Jeder Widerspruch ist der Gegensatz zwischen weltrevolutionärer Klassen- und russischer Staatspolitik. Er beruht aber auch auf dem völligen Uebersehen der Erfahrungen der deutschen Revolution in bezug auf Organisation und Taktik. Ganz klar zeigt sich das beim Volksentscheidrummel der KPD. Sie will den Arbeitern einreden, daß man mit der Demokratie die Demokratie mit ihrem Militarismus überwinden kann, und hat zu dem Zweck ein Gesetz „Der Bau von Panzerschiffen und Kreuzern jeder Art ist verboten“ für das Volksbegehren zur Eintragung vorgelegt. An lapidarer Kürze kann die Fassung mit den einstigen Stillübungen des Herrn von Jagow wetteifern, aber während hinter dessen Kurzstil der lauernde Säbel für die Interessen der Bourgeoisie stand, steht hinter diesem Gesetz der KPD nichts als leerer Bluff. Denn die Einzeichnung zum Volksentscheid als „Massenmobilisierung des proletarischen Widerstandes gegen Kriegsrüstung und Kriegsvorbereitung des Imperialismus“ hinzustellen, ist in der Einheitsfront mit bürgerlichen Pazifisten und der Christlich-sozialen Reichspartei weiter nichts, wie Massenbetrug, und wenn dann von dem Volksbegehren „als eines Auftaktes zu weiteren Kämpfen“ in der „Roten Fahne“ geschrieben wird, so bedeutet das den **Massenbetrug zum Hebel der Massenbewegung machen.**

„Der Weltfriede kann nicht gesichert werden durch utopische oder im Grunde reaktionäre Pläne, wie internationale Schiedsgerichte kapitalistischer Diplomaten, diplomatische Abmachungen über „Abrüstung“, „Freiheit der Meere“, „Abschaffung des Seebenterrechts“, „Europäische Staatenbünde“, „Mittel-europäische Zollvereine“, „Nationale Pufferstaaten“ und dergleichen. Imperialismus, Militarismus und Kriege sind nicht zu beseitigen und einzudämmen, solange die kapitalistischen Klassen unbestritten ihre Klassenherrschaft ausüben. Das einzige Mittel, ihnen erfolgreich Widerstand zu leisten, und die einzige Sicherung des Weltfriedens ist **die politische Aktionsfähigkeit und der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats, seine Macht in die Wagschale zu werfen**“. In dieser These der Gruppe Spartakus wurde schon während des Krieges klar, wenn auch nicht mit aller Schärfe, ausgesprochen, daß die einzige und beste Friedenspropaganda der revolutionäre Klassenkrieg gegen das Kapital ist, das nicht das Volksbegehren oder der Volksentscheid, sondern **der Bürgerkrieg, die proletarische Wehr zur endgültigen Abrüstung und des Kommunismus erst der Friede ist.**

Militärfrage und Arbeiterklasse

Nachdem sich in der SPD, der Sturm im Wasserglase gelegt hat, gibt der Parteivorstand den verschnupften Untertanen in aller Ruhe bekannt, daß ihm nicht etwa ob des Krachs die Spucke fortgeblieben ist, sondern daß er, wenn sich die Gemüter etwas beruhigt haben, auch einiges zu sagen hat, — und zwar recht Wichtiges. Er tut dies in dem Sonntags-„Vorwärts“ vom 26. August, so daß jeder Zeit hat, die Brocken gleich so im größten ein bischen zu verdauen.

Er fängt nun gleich an, die Tatsache ins rechte Licht zu rücken, daß die „Opposition“ gegen den Panzerkreuzer keine einheitliche sei, sondern:

„Die einen von uns — und zu denen gehören bis zum heutigen Tag auch die vier Minister — halten den Bau des Panzerschiffes A für einen militärischen Unsinn. Ihre sachliche Gegnerschaft stützt sich auf das Urteil von Sachverständigen, die erklären, daß dieses Schiff vom ersten Tage an nichts weiter als altes Eisen sein wird. **Sie halten den Bau für verkehrt, weil für viel Geld ein schlechtes Kriegsschiff gebaut wird, nicht weil überhaupt ein Kriegsschiff gebaut wird.**

Die ändern jedoch betrachten die Bewilligung von Geldmitteln für Rüstungen überhaupt, auch für zweckmäßige und auch — wie es hier der Fall ist — im Rahmen des Versailler Vertrages, als unvereinbar mit den sozialistischen Prinzipien. Diesen erscheint natürlich das Verhalten der Minister noch viel schlimmer: nicht nur als ein unvorbereiteter oder unnötiger taktischer Rückzug, sondern als eine Sünde wider den Geist des Sozialismus.

Klar ist jedoch, daß diese Meinungsverschiedenheiten irgendwie bereinigt werden müssen. **Stehen wir noch bei Bebel, Jaures, dem Erfurter Programm und den französischen Sozialisten, die ein sehr weitgehendes Gesetz zur Verteidigung des Landes angenommen haben, ein Gesetz, das sogar die Dienstpflicht der Frauen vorsieht, oder vertreten wir den Standpunkt, daß die Sozialisten überall, ohne Rücksicht auf die Rüstungsverhältnisse der anderen Länder, für die Totalabrüstung des eigenen Landes eintreten müssen? (Nebenbei: Wer da meint, die Beschlüsse des Brüsseler Sozialistenkongresses enthielten eine solche Verpflichtung, ist im Irrtum.)**

Die Beantwortung dieser Frage ist wichtig nicht nur für die Entscheidung des gegenwärtigen Konflikts, sondern für unsere Stellung im Staate überhaupt.“

Und auf den Widerspruch zwischen der Panzerkreuzerpropaganda und dem Ministerbeschluß erwidert der „Vorwärts“ dann treu und bieder:

„Daraus ergibt sich die Lehre: **„Eine Partei darf sich als Oppositionspartei nicht so verhalten, daß sie als Regierungspartei zwangsläufig in Widerspruch zu ihrem früheren Verhalten gerät.“** Diese Lehre auszusprechen, ist, wir wissen es, sehr leicht, sich an sie zu halten, ist viel schwerer. Da muß jeder Lehrgeld zahlen. Wir haben es gezahlt, reichlich! Mit diesem einen Mal sollte es genug sein!“

Damit ist wirklich mit genügender Klarheit ausgesprochen, daß die SPD. getreu ihren „sozialistischen Grundsätzen“ nicht gewillt ist, dieser „Opposition“ auch nur die geringsten Konzessionen zu machen. Wir können die obigen Sätze denn auch ruhig für sich wirken lassen, und begnügen uns mit den Hervorhebungen, die teilweise von uns vorgenommen sind. Doch dürfte es angebracht sein, die positive Seite des Problems aufzugreifen, um nachzuweisen, daß die „Lösung“ (darin hat der „Vorwärts“ ganz recht) nur für diejenigen — das sind die „Linken“ — ein Problem sein kann, die die Geschichte ihrer eigenen Partei entweder nicht kennen, oder sich absichtlich dumm stellen, trotzdem die SPD. es auch in diesem Punkt an „Aufklärung“ nicht fehlen ließ.

In einer schon 1927 von der SPD. herausgegebenen Schrift des früheren österreichischen Kriegsministers wird eine Lanze für die Wehrmachthaltung Deutschlands (und Oesterreichs) gebrochen*). Nur wer die Sozialdemokratie nicht kennt als typischste Vertreterin des Kleinbürgertums, kann sich über den Frontwechsel von Pazifismus zur Kriegsbereitschaft wundern. Das Kleinbürgertum marschiert ökonomisch wie geistig in steter Gefolgschaft des dominierenden imperialistischen Kapitals und die Sozialdemokratie ist eben nur der geschulteste Dolmetsch der jeweils herrschenden kapitalistischen Interessen in der Sprache des Kleinbürgertums und des auf gleicher Stufe stehenden Arbeiters. So ist denn die erwähnte Schrift auch nur ein Zeugnis dafür, daß die deutsche Bourgeoisie sich anschickt, eine veränderte Machtstellung im Konzern der großen Räuber einzunehmen. Der Pazifismus, die prinzipielle Festlegung auf Friedfertigkeit kommt aus der Mode, weil überflüssig, und prompt reagiert darauf die Sozialdemokratie.

Selbstverständlich wird dieser Frontwechsel, wie es ja immer geschieht, prinzipiell begründet. Man erfährt, was keinem ernsthaften Kritiker ein Geheimnis mehr war, daß die Sozialdemokratie auch schon lange vor dem Kriege durchaus kein Gegner des Militarismus und des Krieges mehr war. Es gilt dabei allerdings die öffentliche Propaganda vor den Massen zu unterscheiden von dem, was die Führer unter sich schon längst nicht mehr glaubten. Der Verfasser der erwähnten Schrift sagt es unverblümt: „Man schlage in den Jahrgängen alter sozialdemokratischer Zeitungen nach, man lese die alten Flugblätter und erinnere sich an die Reden, die seinerzeit gegen den Militarismus gehalten wurden. Es war immer dasselbe: eine Verdammung des Krieges, eine Geißelung aller militärischen Einrichtungen, ein leidenschaftliches Bekenntnis zum Frieden und zur Völkerversöhnung. **Aber im**

*) Jul. Deutsch: Wehrmacht und Sozialdemokratie. Dietz, Berlin.

Hintergründe dieser mehr und mehr gefühlsmäßigen Agitation lag eine Beurteilung des Militarismus durch die leitenden Köpfe der Partei, die sich sehr wesentlich von der im Tageskampfe üblichen Agitation abhebt. Während die Massen und auch viele Redner, die zu ihnen sprechen, jede Art von Militär ablehnten, dachten die Parteiführer nur an den Kampf gegen ein bestimmtes System, nämlich das des stehenden Heeres.“ (S. 6/7.)

Als Beweis dafür wird dort u. a. eine Rede August Bebel's zur Militärvorlage (13. Dezember 1892) zitiert: „Will also Deutschland einen wirklichen Vorsprung vor den übrigen Staaten, insbesondere vor seinen künftigen Feinden haben, so bleibt nichts anderes übrig, als daß es den Grundsatz zur allgemeinen Wehrpflicht in vollster Wirklichkeit zur Ausführung bringt, indem es die allgemeine Volkswehr, die Volksbewaffnung Hand in Hand mit der militärischen Jugenderziehung durchführt.“ (S. 7.)

Die Arbeiter der Sozialdemokratie, die sich trotz aller bitteren Lehren noch nicht von der alten Partei trennen konnten und die sozialdemokratische Kriegspolitik als einen erzwungenen Zustand entschuldigen wollen, erhalten hier schwarz auf weiß bestätigt, daß man sie nach wie vor nachführt, daß ihre Partei nach wie vor bereit ist, die Kriegsabenteuer der herrschenden Klasse mitzumachen. Die Existenz der Sozialdemokratie fußt auf der bürgerlichen Ordnung. Deshalb kann sie nicht daran denken — und denkt auch nicht daran, — diese Grundlage ihres Bestehens anzugreifen. Der Staat, die höchste gesellschaftliche Organisation der bürgerlichen Ordnung ist ihr das höchste Gut, dessen Verteidigung oder Stärkung, gleich wie man will, zur ersten Pflicht wird. **Das Entscheidende an diesem sozialdemokratischen „Marxismus“ liegt eben darin, daß er in der Schicksalsfrage der bürgerlichen Gesellschaft, wenn der Staat bedroht ist, den Klassenkampf verleugnet, und die kapitalistische Staatsorganisation nach innen und außen schützen will.** Die Sozialdemokratie kann nicht mehr Gegner des Militarismus und seiner notwendigen Folge, des Krieges, sein, sondern muß sich für eine gründliche und bessere Organisation der „Vaterlandsverteidigung“ einsetzen. Den größten Triumph erlebte dieser Geist ganz richtig durch den in Frankreich angenommenen Gesetzentwurf des „Sozialisten“ Paul Boncour, der jeden Einwohner Frankreichs vom 18. bis 48. Lebensjahr männlichen und weiblichen Geschlechts zum Kriegsdienst verpflichtet.

Wie das Zitat von Bebel beweist, beschränkte sich die Gegnerschaft der Sozialdemokratie in der Militärfrage auf die Bekämpfung des stehenden Heeres. Auch hierin ist schon eine Aenderung eingetreten, denn der Sozialdemokrat Noske schuf in der Zeit sozialdemokratischer Regierungsherrlichkeit eine Truppe, die mit Volksbewaffnung wirklich nichts zu tun hatte. Anders wäre ja auch die Niedermetzlung des revolutionären Proletariats nicht möglich gewesen. — Die Sozialdemokratie weiß mit Prinzipien umzuspringen. — So sagt denn auch das angeführte Büchlein: **„Ob Miliz oder stehendes Heer oder Söldnerheer, das ist gar nicht so wichtig, in dieser Beziehung sind die früheren Programme der sozialdemokratischen**

Parteien, die nur Miliz gelten lassen wollten, in die Irre gegangen. Die Sozialdemokratie braucht keine programmatische Festlegung auf ein bestimmtes Wehrsystem." (S. 32.) Ein paar Zeilen weiter wird gesagt, worauf es ankommt: „Wir verstehen unter Militarismus das Bestreben der Militärs, über ihr engeres Fachgebiet hinauszugreifen, anstatt dem Staate zu dienen, ihn zu beherrschen . . . Die Abwehr des Militarismus ist für die Sozialdemokratie eine Selbstverständlichkeit, aber ihr Kampf gegen den Militarismus braucht und soll keine Ablehnung des Militärs sein.“ (S. 33.)

Die Dinge beim richtigen Namen genannt, heißt dies: Die Sozialdemokratie kämpft dafür, daß der im alten Staat militärisch bevorrechteten feudalen Junkerskaste das Kommando über die Armee entwunden, und so erst das Heer zum vollgültigen Machtinstrument des bürgerlichen Staates wird. In derselben Linie liegen alle Forderungen und „Verbesserungen“, die die Sozialdemokratie in der Militärfrage vertritt, und nicht zuletzt die Forderung der „Demokratisierung des Heeres“, die Julius Deutsch in der Debatte über den Panzerkreuzer A als den Kernpunkt des Wehrproblems bezeichnet. In einem Artikel „Vom Panzerkreuzer zur Heeresreform“, den die sozialdemokratische Presse vor kurzem abdruckte, macht Julius Deutsch der Sozialdemokratie den Vorschlag, bei jeder parlamentarischen Bewilligung des Militäretats sich die Militärfragen rechtzeitig anzusehen und „positiv“ zu ihnen Stellung zu nehmen: „Jede Bewilligung eines Militärkredits müßte von der Sozialdemokratie mit der Forderung von demokratischen Reformen im Heere beantwortet werden.“ Deutsch empfiehlt der Sozialdemokratie, „sich auf den Boden einer positiven, demokratischen Militärpolitik mit dem Ziele einer bewußten Umgestaltung des Heeres aus einem Organ des bürgerlichen Machtstaates in ein demokratisiertes Organ des arbeitenden Volkes“ zu stellen. „Kanonen für Volksrechte, das heißt, Militärforderungen nur zu bewilligen, wenn dafür demokratische Rechte gegeben werden, — das wäre jetzt eine mögliche Pa-
role.“ Diesem ihrem Streit gegen „Militarismus“ und doch für Kriegsvorbereitung und Krieg liegt die alte Erfahrung zugrunde, daß erst dann die Massen ihre volle Kraft entwickeln, wenn sie durch vermeintliche Interessen mit dem herrschenden System imd. Die Zauberformel dafür ist die Demokratie in der Politik sowohl wie in der Wirtschaft, wie allerdings im Heere. Es ist eben kein leeres Wort, daß die Sozialdemokratie, wenn alle Dämme brechen, die letzte Hoffnung der Bourgeoisie darstellt.

Die russischen Sozialdemokraten, d. h. die Bolschewiki und ihre Gefolgschaft in der dritten Internationale machen davon keine Ausnahme. Sie sind nur umso verlogener, wenn sie nur den russischen Staat oder auch das mit diesem jeweils verbündete Land als „Vaterland“ für die Arbeiterschaft gelten lassen. Sie verpflichten ihre Anhänger in den „feindlichen Vaterländern“, gegen ihr nationales Vaterland zu kämpfen und erscheinen dort in revolutionärem Gewande, was sich aber sofort ändert, wenn der betreffende Staat in „freundschaftliche“ Beziehungen zu Rußland tritt. Typisch dafür ist die berühmte Locarno-Rede Klara Zet-

kins am 27. 11. 25. im Reichstag, wo sie erklärte: „Deutschlands Zukunft beruht auf einer engen Interessengemeinschaft in wirtschaftlicher, politischer und, wenn es sein muß, auch in militärischer Hinsicht mit der Sowjetunion. Ich glaube sogar, . . . daß es nicht so aussichtslos ist, daß unter Umständen ein Zusammenwirken zwischen der Reichswehr und den Rotarmisten erfolgt.“ Es ist klar: am Wesen der Sache, an der Bejahung des bürgerlichen Staates wird dadurch nicht das geringste geändert. Das kann aber auch nicht anders sein, weil in Rußland ebensogut wie in der übrigen Welt das Gesellschaftsleben auf der Ausbeutung der Lohnarbeit aufgebaut ist. Es gibt dort, wie anderswo, eine besitzende und eine besitzlose Klasse — gleich, in welcher Form, — darum ist auch dort der Staat das Instrument der besitzenden Klasse und die Bolschewiki als ihr Sachverwalter sind die regierende Partei. Der Staat aber benötigt die bewaffnete Gewalt nach innen sowohl wie nach außen, und die regierungstreuen Bolschewiken im Waffenrock schießen genau so auf rebellierende Arbeiter, wie sie gegen die englischen Arbeiter im Fall eines Krieges marschieren werden.

Die offizielle Sozialdemokratie bekennt sich offen zum bürgerlichen Staat. Sie will den Sozialismus durch Demokratie auf dem Boden dieser Gesellschaft erringen. Dabei versteht sie unter Sozialismus einen Gesellschaftszustand, wo der Staat alle Zweige des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft durch zentrale Gewalt verwaltet und beherrscht. Es ist demnach nur nötig, die Demokratie in allen Zweigen des Lebens auszubauen, um zum Sozialismus zu kommen. Revolution, Umsturz der bestehenden Ordnung wird damit zum größten Unglück und muß mit aller Kraft bekämpft werden. So kann also die Niederkämpfung der revolutionären Arbeiter als Weg zum Sozialismus gepriesen werden, was auch tatsächlich geschieht. Die Demokratisierung des Heeres hat also nur den Sinn, dasselbe zur vollgültigen Schutztruppe des kapitalistischen Staates zu machen.

In der Theorie verwirft der Bolschewismus die Demokratisierung des bürgerlichen Staates und damit auch des Heeres als Weg zum Sozialismus. Seine Praxis aber unterscheidet sich nicht von dem, was die Amsterdamer Sozialdemokraten durch Demokratie erreichen wollen. Bei beiden ist der Staat der Inbegriff alles gesellschaftlichen Lebens, Zentralisation von politischer Macht und Wirtschaft, das ist hier Sozialismus. Diese zentrale Machtorganisation über der Gesellschaft ist aber der Ausdruck dafür, daß die Gesellschaft in Klassen gespalten ist und es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß es die arbeitenden Massen sind, die dadurch unterdrückt werden.

Das revolutionäre Proletariat kennt keine Militärfrage im staatenhaltenden Sinne der Sozialdemokratie. Es hat kein „Vaterland“, wofür es sich opfern müßte und kann nur dadurch, daß es die eigene Bourgeoisie niederwirft, die Kraft gewinnen, gegen jene Bourgeoisie der anderen Länder zu kämpfen, die ihm ein neues „Vaterland“ bescheren wollen. Um diesen Kampf siegreich zu beenden, bedarf die klassenbewußte Arbeiterschaft nicht einer staatlichen regulären Militärmacht,

sondern die bewaffneten Betriebe müssen unter Führung der Räte jeden Versuch der Neuaufrichtung einer herrschenden Schicht niederringen.

Haben wir bis hierher eine Kritik der sozialdemokratischen und bolschewistischen Einstellung zu diesem Thema gegeben, so gilt es nun, die im Interesse der Arbeiterklasse einzige und mögliche Lösung aufzuzeigen. Dabei sei vorausgeschickt, daß, solange es Kapitalismus gibt — gleich, hinter welcher Kulisse er sich verschauelt —, die Militärfrage nur gelöst werden kann durch die Revolution, durch die Niederwerfung des bürgerlichen Staates und seines Militärs. Dabei soll gesagt sein, daß das Kapital, selbst wenn sich sein Staat durch eine „sozialistische“ oder Arbeiter- und Bauernregierung — etwa nach dem Rezept des berühmten Brandlers — auf dem Boden der Verfassung nach außen als scheinsozialistisch und demokratisch zeigt, dennoch die herrschende Gewalt ist, das Militär immer ein Instrument diese kapitalistischen Staates sein muß. Solange als Privateigentumsverhältnisse herrschen, oder die Produktionsmittel in Händen des Staates zentralisiert sind, bleiben alle Machtorgane anti-proletarisch, ausführende Organe des Staates und der dahinter stehenden besitzenden Klasse. Im kapitalistischen Staat bleibt für das revolutionäre Proletariat die Frage gleich: Ob stehendes Heer, Milizsystem oder Schutzverbände. Sie alle sind Organe zum Schutze der bestehenden Gesellschaft und der Kapitalismus duldet während seiner Herrschaft keine andere Macht im Staate neben sich.

Es brauchte Jahrzehnte, bis den Arbeitern durch grausam harte Wirklichkeit die Wahrheit eingebläut wurde, daß durch „Demokratie“ in bürgerlicher Gesellschaftsordnung kein Sozialismus zu erreichen ist. Die alte Zauberformel, die von dem erwähnten Sozialdemokraten Julius Deutsch (Wehrmacht und Sozialdemokratie) als „Demokratisierung der Wehrmacht“ angepriesen wurde, hat kein so langes Leben gehabt. Die Feder, mit der dieser biedere Sozialdemokrat die erwähnte Schrift niederschrieb, war noch nicht trocken, als die „demokratischste Wehrmacht Europas und der Welt“, die österreichische Volkswehr, auf die Arbeiter Wiens schoß, als wäre es auf der Hasenjagd. Dabei war diese „Wehrmacht“ die eigene Schöpfung des Deutsch und auch der Bronn, aus der er seine „demokratische“ Wissenschaft schöpfte. Die Gaukler, die den reißenden Wolf des Kapitals, den Militarismus, durch Demokratie in ein frommes Schaf verwandeln wollen, sind damit der Lächerlichkeit preisgegeben.

Die Moskauer Sozialdemokraten nehmen in dieser Frage einen womöglich noch reaktionäreren Standpunkt ein als ihre gelben Brüder. So wie sie unter vielen anderen Rezepten den sattsam bekannten „revolutionären Parlamentarismus“ haben, so auch die „revolutionäre Eingliederung“ in das kapitalistische Militär. Ja, Lenin schrieb schon Dezember 1922 in der Instruktion für die russischen Delegierten zur Antikriegskonferenz der Amsterdamer und Pazifisten im Haag: „Boycott des Krieges? Das ist eine blöde Phrase. Die Kommunisten müssen in einen beliebig reaktionären Krieg gehen.“ Daraus leuchtet kein Prinzip, keine Richtschnur für das Denken und

Handeln der Massen, und es hilft auch nichts, diese Einstellung mit dem bornierten Einwand verteilen zu wollen, daß die Kommunisten „bei der Masse bleiben“ sollen. Sie sind eben dann keine Kommunisten mehr, die als Vortrupp im Klassenkampf den Proletariern vorausgehen und sie unterscheiden sich in nichts von den im bürgerlichen Denken gehaltenen Massen.

Das revolutionäre Proletariat muß im offenen Gegensatz, wie zur bürgerlichen Ordnung und zum Staat, so auch zum Krieg und zur bewaffneten Macht, die herrschende Klasse schlagen und an die Herrschaft gelangen. Dabei braucht es durchaus nicht solche Soldatenspielererei wie den „Roten Frontkämpfer-Bund“, denn es ist ein Wahn, innerhalb der bürgerlichen Ordnung ein eigenes proletarisches Militär zu wollen. Das Gefüge der kapitalistischen Gesellschaft birgt, wenn die Massen gezwungen werden, um ihres eigenen Lebens willen die Fesseln zu brechen, worin die Gesellschaft sie geschlagen. Aber um hierzu befähigt zu sein, müssen die Massen sich ihrer Aufgaben bewußt werden, muß die Arbeiterklasse in offener Kampfstellung zur herrschenden Ordnung stehen. Erst dann kann sie sich finden und formen zu der Macht, die alle Fesseln zerbricht. Unverrückbar fest muß uns Kommunisten die eine Erkenntnis als Richtschnur bleiben: Die Revolution ist der Kampf um das Denken, um die Köpfe der Massen, und er wird geführt, indem wir kämpfend als Vorbild vorangehen.

Obwohl es eine Doktorfrage ist, ausmachen zu wollen, auf welchem Fleck das ausstehende Proletariat der herrschenden Klasse die entscheidende Schlacht liefern wird, ob im Falle eines Krieges das meuternde Militär die Oberhand gewinnt oder im Straßenkampf des bewaffneten Aufstandes, so kann doch wohl darauf hingewiesen werden, daß die Entwicklung der Kriegstechnik in steigendem Maße das Schwergewicht des Krieges in die Produktionsstätten verlegt.

„Der nächste Krieg hat nicht nur andere technische Bedingungen, sondern wird sich auch räumlich anders vollziehen als sich bisher Kriege vollzogen haben. Künftighin wird der Krieg nicht mehr allein von Front zu Front geführt werden. Vielleicht wird es sogar Fronten im Sinne des Schützengrabenkrieges überhaupt nicht mehr geben. Der künftige Krieg wird ein Waffengang Volk gegen Volk und von Volkswirtschaft gegen Volkswirtschaft werden. Den Kriegführenden wird es vor allem darauf ankommen, die Munitionsfabriken des Gegners, seine Ausrüstungsstationen, Flugzeugfabriken usw., zu treffen.“ So charakterisiert Deutsch den kommenden Krieg. Damit sitzt das Proletariat in den Produktionsstätten im Herzen des Krieges und dieses Proletariat kann, wenn klassenbewußt, durch die Besetzung der Betriebe sowohl dem Kriege wie der herrschenden Klasse überhaupt den vernichtenden Schlag versetzen. Die revolutionäre Betriebsorganisation mit ihrer Taktik des unversöhnlichen Klassenkampfes weist den geraden Weg dorthin. —

Die Militärfrage hat aber noch eine andere Seite und das ist die Bewaffnung der Arbeiterschaft nach dem Sturz der bürgerlichen Ordnung. Setzen wir voraus: Das Proletariat hat

nach siegreichem Aufstand die Macht in der Hand. Die Periode der Diktatur des Proletariats ist angebrochen. Das die Macht ausübende Proletariat hat noch Feinde außen — von der Revolution noch nicht erfaßte Länder mit kapitalistischer Gewalt — und innen, die eben niedergeschlagene Kapitalistenklasse mit ihrem Anhang. Sie wird den Traum auf Zurückeroberung der Macht nicht sofort aufgeben und in aller Stille zur Sammlung ihrer Kräfte und im Verfolg dessen den Weg zu konzentrierter Gegenrevolution zu beschreiten versuchen. Neben dem Inganghalten der Produktion, der völligen Umgestaltung der Produktionsweise und Zirkulation spielt die militärische Sicherung der Produktionsstätten, wie der Revolution überhaupt und gegebenenfalls die Unterstützung der revolutionären Elemente in anderen noch kapitalistischen Ländern, ferner Verteidigung und evtl. Angriff gegen die äußeren Bollwerke des Kapitalismus eine große Rolle. Wie ist diese militärische Macht des Proletariats beschaffen, ohne daß sie ein Staat für sich, ein Instrument gegen dasselbe Proletariat werden kann?

Das stehende Heer bedeutet Kasernierung und damit Isolierung von der Arbeiterklasse in den Betrieben. Wie sein Betätigungskreis außerhalb der Klasse liegt, so wird seine Ideologie auch bald klassenfremd sein. Wie konnte sonst die brutale Kasernierung im wilhelminischen Zeitalter Deutschlands aus Proletariern und Proletariersöhnen so wesen- und willenlos gefügige Menschen, bestes Kanonenfutter machen? Die bewaffnete Macht der Diktatur des Proletariats muß dieses Proletariat selbst sein und bleiben, muß die Glut revolutionären Willens und Wollens unauslöschbar behalten. Deshalb ist das „stehende“ Heer unbrauchbar, nicht minder das Söldnerheer, das aus dem Soldaten einen Beruf macht und ihn aus seiner Klasse löst.

Und das Milizsystem? Etwa nach Schweizer Muster, wo jeder Wehrfähige sein Gewehr nach vollendetem Dienst mit ins Haus nimmt? Ganz abgesehen davon, daß unter der Diktatur des Proletariats durchaus nicht jeder Wehrfähige zu bewaffnen ist, bedeutet diese Bewaffnung auch ein untaugliches Mittel in unserer Zeit. Denn im Zeitalter der Gas- und Flugzeugproduktion, der U-Boote und gewaltigen Artillerie ist die Losung „Zu den Waffen“ nun nicht mehr gleich der Losung „An die Gewehre“. Für Länder, wie die Schweiz mit ihrem natürlichen Schutz durch die Gebirge mag diese Form der Bewaffnung noch eine kleine Sicherheit sein, dazu kommt, daß die Schweiz und einige andere Länder wegen ihrer verhältnismäßigen Einflußlosigkeit nicht fürchten brauchen, Kampfobjekte zu sein. Wenn aber das siegreiche Proletariat in den großen modernen Industrieländern jedem Klassengenossen ein 98er Gewehr mit Bajonett und genügender Munition zur Verfügung hält, so würde Kapitalismus und Konterrevolution diesem mittelalterlich anmutenden bewaffneten Proletariat gar bald den Garaus machen.

Und damit stehen wir mitten im Problem. Das zwanzigste Jahrhundert hat Hochburgen der Industrie, Großbetriebe wie etwa das Leunawerk auf dem Gebiete der Chemie, Krupp und andere auf dem der Stahlproduktion, Flugzeugfabriken wie Junkers, Dornier, Fokker usw., gleichzeitig zu Hochburgen und Zentren militärischer Macht erhoben. So wie die Konzentration des Kapitals der ökonomischen Umgestaltung der Produktions-

verhältnisse von der Profit- in die Bedarfswirtschaft geradezu Geburtshelfer wird, so ist die Entwicklung der Kriegstechnik über die Großbetriebe nicht mindere eine gewaltige Förderung der einzigen Lösung der Militärfrage in der Diktatur des Proletariats: Bewaffnung der Betriebe.

Mit der Uebernahme der Produktionsmittel in die Hand des siegreichen Proletariats gehören ihm auch die Produkte. Und während des Weiterbestehens der außenkapitalistischen Länder und der Gefahr innerer Gegenrevolution produziert das Proletariat neben den Bedarfsgegenständen, wie etwa Stickstoff in den Leunawerken, Kessel und Lokomotiven bei Krupp, Handelsschiffe im „Vulkan“, in ersteren auch Gasgranaten, im zweiten Kanonen modernster Konstruktion und im letzteren auch U-Boote und Panzerkreuzer. Denn die Theorie des Pazifismus der Sozialdemokratie, dem Feinde mit dem Oelzweig entgegenzutreten und entweder „verhandeln“ oder sich fressen lassen, ist dem Proletariat selbst fremd und gefährlich. Die Praxis der Sozialdemokratie selber spricht ja dieser Theorie Hohn. Das Proletariat hat die Schule des Kapitalismus, das blutigste aller Gesellschaftssysteme, nicht umsonst durchgemacht.

Wie das Rätssystem die Produktion ausschließlich im Sinne der proletarischen Klasse regelt, so auch die Höhe und Art der Kriegsfabrikation. Die Speicher dieser Produkte werden eben wie ihre probeweise Anwendung nicht Hunderte von Kilometern von den Produktionsstätten entfernt, sondern tunlichst unmittelbar dortselbst oder doch in der Nähe sein. Daraus ergibt sich, daß die Waffenlager aller Art ständig im Schutze der Betriebsbelegschaften stehen, daß die Produkte selbst dem Machtbereich der Klasse nie entweichen können. Das Proletariat produziert die Waffen und schützt sie, — damit ist der Gegenrevolution von vornherein die Möglichkeit der Aneignung moderner Waffen genommen. Die ihr unkontrollierbar verbleibenden Waffen haben dann nur noch den Wert der moralischen Genugtuung, daß die „Entwaffnung“ doch nicht ganz gelungen sei, ähnlich wie heute im gleichen Verhältnis im Proletariat, das hier und da noch über verborgene Waffen dieser Art verfügt. Militärischen Kampfwert aber haben sie nicht. Für das Proletariat ist dies nicht so tragisch, eben weil es die produzierende und zahlenmäßig gewaltigste Klasse ist — von den ökonomischen Zerfallerscheinungen des Kapitalismus ganz abgesehen. Für die Konterrevolution in der proletarischen Diktatur fallen aber alle drei Voraussetzungen weg. Denn die Bourgeoisie ist nicht Produzent, sie hat also nicht mal in der Geburtsstunde die Produkte in der Hand, sie ist zahlenmäßige Minderheit und steht zudem der sich stets verankernden, neuen Produktionsweise gegenüber.

Die wirtschaftliche und politische Macht und damit auch die militärische in die Hände der klassenbewußten Arbeiterschaft, das ist die einzige Gewähr gegen die Wiederaufrichtung einer Herrschaft über das Proletariat. Und so wie die bewaffneten Betriebe die Machtorgane sind, mit denen das Proletariat die besiegte Bourgeoisie niederhält, so werden sie auch die Kadres der Roten Armee sein, die allein die Diktatur des Proletariats gegen noch kapitalistische Länder verteidigen kann.

Die SPD. und das „Wehrproblem“

Resolution des Parteiausschusses in Köln (Septbr. 1928).

Der Parteiausschuß stellt die einmütige Ablehnung des Panzerkreuzerbaues durch die Partei fest. Er erwartet vor der Verabschiedung des Reichsetats für das Jahr 1929 die **grundsätzliche Stellungnahme zum Wehrproblem** durch den rechtzeitig **hierzu einberufenen Parteitag**. Der Parteivorstand wird ersucht, diese Klärung durch Einsetzung einer Programmkommission vorzubereiten, die dem Parteitag Bericht zu erstatten hat.“

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ gibt dazu folgenden Kommentar:

„Die Beschlüsse des Parteiausschusses sind — wie ausdrücklich hervorgehoben zu werden verdient — einstimmig gefaßt worden. Es ist die feste Absicht der sozialdemokratischen Organisationen, die Frage des Panzerschiffes nicht auf das Niveau des demagogischen Radaus und des öden Schlagwortes (!) herunterziehen zu lassen. In der Diskussion innerhalb der Partei ist eindringlich auf die tieferen Ursachen der Panzerschiffkrise hingewiesen worden. **Der Mangel an prinzipieller Klarheit** über die Stellung zum Wehrproblem im demokratischen Staat innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, mangelnde Verständigung über das Problem, **welche Konsequenz aus der Wandlung des Wesens des Staates und demzufolge aus der veränderten Stellung der Sozialdemokraten zum Staate gezogen werden müssen**. Diese Fragen bedürfen der erstesten Prüfung; sie sind mit bequemen Schlagworten nicht zu lösen. Der Parteiausschuß hat unter Führung des Parteivorstandes den Weg gewiesen, auf dem diese Klärung geschaffen werden soll: zunächst ruhige Vorprüfung, dann Aussprache und Entscheidung auf dem nächsten ordentlichen Parteitag, der voraussichtlich in den ersten Monaten des nächsten Jahres in Magdeburg abgehalten wird. Ein wichtiges Stück der Selbstverständigung, der geistigen Bewältigung **der großen neuen Tatsachen im staatlichen und gesellschaftlichen Leben nach der Revolution wird damit geleistet werden.**“

Die Praxis.

„Aber ich muß sagen, daß die Parteipresse Verständnis aufbringen muß für das Problem der Wehrpolitik, ebenso wie ein Polizeiminister seiner Polizei die besten Waffen verschaffen

muß. Darum muß das auch ein Wehrminister für die Reichswehr tun. Ein Minister, der das nicht tut, kann keine Stunde länger Minister bleiben.“ — — — „Wir wollen etappenweise die politische Macht erringen im Kampfe mit dem Gegner, aber dabei müssen wir regieren lernen. Wir halten die Kreuzer nicht für notwendig zur Sicherung der Grenzen. Ich sage aber ganz offen: **Wären die Kreuzer notwendig für den deutschen Grenzschutz, dann müßten sie gebaut werden.**“

(Severing auf einer Konferenz der SPD. in Oberschlesien Anfang Oktober 1928.)

Die Auffassung von Deutsch, der „Volksrechte“ für Kanonen tauschen will, haben wir schon an anderer Stelle unter die Lupe genommen. Daß es überhaupt noch nötig ist — nach der Rolle der SPD. in dem großen „Stahlbad“ —, über diese zu schreiben und zu reden, legt nicht gerade Zeugnis ab von dem Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiter.

Leninismus und Krieg

I.

Die Theorie.

Auf dem 4. Kongreß der 3. Internationale am 18. 11. 1922 führte Bucharin in seinem Referat „Das Programm der Internationale und der kommunistischen Parteien“ folgendes aus:

„Es gibt hier keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einer Anleihe und einem militärischen Bündnis. Und ich behaupte, daß wir schon so gewachsen sind, daß wir ein militärisches Bündnis mit einer anderen Bourgeoisie schließen können, um mittels dieses bürgerlichen Staates ein anderes Bürgertum niederzuschmettern. Was später sein wird unter gewissen Kräfteverhältnissen, das können Sie sich leicht vorstellen, das ist eine Frage der rein strategisch-taktischen Zweckmäßigkeit. So soll man das im Programm feststellen.“

Bei dieser Form der Landesverteidigung, des militärischen Bündnisses mit bürgerlichen Staaten, ist es die Pflicht der Genossen eines solchen Landes, diesem Block zum Siege zu verhelfen.“

(Protokoll des 4. Kongresses der K. I., 1923, Verlag der K. I., S. 420.)

Clara Zetkin konkretisierte in ihrer Reichstagsrede zum Locarno-Vertrag die programmatische Erklärung Bucharins in folgender Weise:

„Deutschlands Zukunft beruht auf einer engen Interessengemeinschaft in wirtschaftlicher Hinsicht mit der Sowjetunion . . . Ich glaube sogar, im Gegensatz zu dem Herrn Abgeordneten Wels, daß es nicht so aussichtslos ist, wie er sich das vorstellt, daß unter Umständen ein Zu-

sammenwirken zwischen der Reichswehr und den Rotarmisten erfolgt.“ (Reichstagsprotokoll, 127. Sitzung, S. 4637/8.)

II.

Die Praxis.

Die „Rote Fahne“ versuchte kürzlich, das Zitat aus der Rede Klara Zetkins „richtigzustellen“. Wer jedoch obige Dokumente unbefangen liest, für den ist bezüglich des konterrevolutionären Kurses Moskaus kein Zweifel mehr möglich.

Am 8. Januar 1927 führte Bucharin auf der Moskauer Gouvvernementskonferenz der Bolschewiki laut „Inprekorr“ Nr. 11 vom 25. 1. 27 (S. 203) folgendes aus:

„Ihr wißt alle ausgezeichnet, daß Deutschland seinerzeit (d. h. 1919—23. D. R.) die friedlichste Tendenz uns gegenüber verkörperte, wobei der Umstand eine ungeheure Rolle spielte, daß Deutschland vorübergehend einer nationalen Unterjochung, einer Erniedrigung, einer direkten Ausplünderung seitens der imperialistischen Staaten ausgesetzt war. Ich erwähne hier übrigens, daß es sowohl unsere Partei, als auch sämtliche anderen kommunistischen Parteien, gerade in Anbetracht dieser besonderen Lage Deutschlands mit vollem Recht für möglich gehalten haben, sogar ein bürgerliches Deutschland gegen die Vergewaltigungen seitens der imperialistischen Staaten zu verteidigen.

... Wenn gegenwärtig einige Politiker des bürgerlichen Deutschland, ihre sozialdemokratischen Sprachrohre und ultralinken Renegaten (?) des Kommunismus versuchen, unsere Haltung in dieser Frage als eine Art Sündenfall und Laster unsererseits hinzustellen, so können wir ihnen von dieser Tribüne aus nochmals erklären, daß die Kommunistische Partei unseres Landes und der von der Kommunistischen Partei geleitete Sowjetstaat stets und überall an der Seite aller unterdrückten, aller unterjochten und sogar national-bürgerlichen Staaten stehen wird, in jenen Fällen, in denen sie von allen Seiten von den imperialistischen Räubern angegriffen werden. Das ist unsere Linie, diese Linie haben wir durchgeführt und werden wir durchführen, soweit solche Fälle sich auch in Zukunft ereignen sollten.“

Rußland bewaffnet die Bourgeoisie.

Auf einem Bezirksparteitag der KPD. Wasserkante legte Arthur Ewert, Mitglied des Zentralkomitees der KPD., nach dem Bericht der „Hamburger Volkszeitung“ vom 1. März 1927 das nachstehende Geständnis ab:

„Nun noch ein Wort zu den Sowjetgranaten. Genossen, nehmen wir z. B. die türkische Regierung. Diese führte einen Krieg gegen Griechenland. Und der türkischen Regierung ist auch (wie an Deutschland, D. R.) Waffenmaterial geliefert worden von Sowjetrußland. Das ist eine feststehende und unbestrittene Tatsache. Dieselbe türkische Regierung hat aber gleichzeitig die Kommunisten in der Türkei aufs schärfste

verfolgt; auch das ist eine unbestrittene Tatsache. Unsere Partei in der Türkei arbeitete unter den schwersten Bedingungen, trotzdem wurde der Kampf gegen die Vortrupps des westlichen Imperialismus dieser nationalen türkischen Regierung unterstützt von Sowjetrußland. Dieses muß man den Arbeitern klar machen.“

Das deutsch-russische Militärbündels

Auf Initiative des Reichswehrministeriums wurde im Frühjahr 1922 folgender Geheimvertrag zwischen Rußland und der Firma Junkers abgeschlossen:

Berlin, 15. März 1922.

Zwischen der Sondergruppe und der Firma N. N. wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1.

Die Firma N. N. verpflichtet sich, sofort nach Vertragsabschluß mit der R. R. die Fabrikation von Kisten in R. in einem dem zur Verfügung stehenden Kapital entsprechenden Umfange aufzunehmen. Sie wird dem r. Unternehmen unter im einzelnen noch festzulegenden Bedingungen ihre gesamten Erfahrungen zur Verfügung stellen und die besonderen Wünsche der Sondergruppe bei Ausgestaltung der Fabrikation bei Verbesserung und Vervollständigung der Forschungen, Lieferung von Flugzeugen berücksichtigen.

§ 2.

Die Firma N. N. verpflichtet sich, in ihren Leipziger Betrieben in weiterem Umfange jetzt schon die begonnenen Vorbereitungen für die Aufnahme der r. Fabrikation fortzusetzen und ihre übrigen Aufgaben dem gegenüber zurückzustellen.

§ 3.

Die Sondergruppe bezahlt in den nächsten Tagen an die Firma N. N. den Betrag von vierzig Millionen Papiermark zur freien Verfügung der Firma N. N. unter Verzicht auf jeden Anspruch auf Rückerstattung. Die Firma N. N. wird diese Summe zur Abdeckung der ihr aus diesem r. Unternehmen erwachsenden Verluste und Kosten benutzen.

§ 4.

Die Sondergruppe erhält ab 1. April 1922 die Summe von hundert Millionen Papiermark, die ausschließlich als Betriebskapital des r. Unternehmens dienen sollen, zur Verfügung.

Aus dieser Summe können nach jeweiliger Vereinbarung zwischen dem Generaldirektor und einem von der Sondergruppe zu bestimmenden Herrn jederzeit Beträge abgerufen werden. Eine Rückerstattung besteht nicht, jedoch soll über diese Beträge der Sondergruppe gegenüber Rechnungslegung erfolgen.

§ 5.

Nach Abschluß des Vertrages mit der R. R. ist zwischen der Sondergruppe und der Firma N. N. ein neuer Vertrag zu

schließen, in dem die Verpflichtungen der Firma N. N. nach § 1 des vorliegenden Vertrages näher festgestellt werden.

gez. Neumann.

Für die Firma N. N.
gez. Sigfeldt.

Der Schlüssel des Vertrages lautet:

„Sondergruppe ist Reichswehrministerium,
Firma N. N. ist Professor Junkers,
R. R. ist russische Regierung,
Kisten heißt Flugzeuge,
Generaldirektor ist Professor Junkers,
Sigfeldt ist Sachsenberg,
Neumann ist Major Niedermayer,
Leipzig ist Dessau.“

Die Reichswehr hatte also für diese spezielle illegale Tätigkeit in Rußland eine ganz besondere Abteilung abgezweigt, die unter dem Decknamen „Sondergruppe“ — „S. G.“ — arbeitete. In dieser „Sondergruppe“ waren u. a. die inzwischen verstorbene **General Wurtzbacher**, der damals eine führende Stelle im **Waffenamt** der Reichswehr hatte, sowie der General **Hasse**. Als bevollmächtigte Vertreter fungierten u. a. ein Hauptmann **Voigt**, ein Hauptmann **Fischer** und die ehemaligen Hauptleute **von Niedermayer** und **Tschunke**.

Am klarsten hat sie Oberstleutnant Schubert formuliert in einem Brief aus Moskau an Professor Junkers vom 8. November 1922:

„Den auf nationalen Erwägungen beruhenden eigentlichen Anlaß darf man nicht sagen. Er wird vielleicht mit der Zeit durchsickern . . .“

Die deutsche Reichswehr in Moskau.

Der Geheimvertrag zwischen Junkers und der Reichswehr wurde im Reichswehrministerium in der Bendlerstraße unterzeichnet und zwar mit den falschen in Rußland geführten Namen. Aus den gleichen Geheimhaltungsgründen sind die Reichswehroffiziere mit falschen Pässen nach Rußland gereist.

We eng die Zusammenarbeit zwischen Bolschewisten und Reichswehr war, geht aus der Vorgeschichte des Geheimvertrags hervor. Im Schriftsatz des Geheimrats Schreiber heißt es darüber:

. . . d) Im Dezember 1921 wurde eine **gemischte** Kommission, bestehend aus den Herren Major a. D. Dr. v. Niedermayer und Oberstleutnant Schubert für das **Reichswehrministerium**, Spalock und Sachsenberg für Professor Junkers nach Moskau entsandt, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu untersuchen und gegebenenfalls ein **vorläufiges Abkommen mit den Russen zu schließen**.

Vor seiner Ausreise nach Moskau hatte der später vom Reichswehrministerium nachgesandte Direktor Pohl am 28. 1. 22 mit Professor Junkers in Berlin eine Unterredung, bei der er ausdrücklich nochmals versicherte, daß nach Angabe des Generals Hasse **die finanzielle Frage vollkommen zur Zufriedenheit von Professor Junkers geregelt werden würde**.

In Moskau verlangten dann die Russen ein schriftlich deutsches Angebot unter Angabe der Höhe des reinen Betriebskapitals, welches außer den fabrikatorischen Einrichtungen dort zur Verfügung stehen würde. Dr. v. Niedermayer und Direktor Pohl erklärten darauf den Herren Spalock und Sachsenberg, daß sie Vollmacht hätten, als reines Betriebskapital **600 Millionen** zuzusagen. Da Professor Junkers die voraussichtlichen Kosten der Einrichtung im übrigen auf ca. 400 Millionen Mark angegeben hatte, entsprach das einer Zusage, in Rußland eine Milliarde Papiermark, das waren damals

21 Millionen Goldmark

zu investieren. Die entsprechende Offerte wurde darauf den Russen schriftlich mit den Unterschriften Dr. v. Niedermayer, Sachsenberg und Spalock gemacht. Sie hat im weiteren Verlauf der Dinge eine große Rolle gespielt, weil sie für die Russen die unverrückbare Grundlage bot, auf der sie allein weiter verhandelten . . .

Beweis für die geschilderten Vorgänge, falls sie bestritten werden sollten: Zeugnis:

Direktor Pohl, Hamburg, Kreuzlerstraße 4;

Oberstleutnant Schubert, Berlin, Achenbachstraße 2;

Major a. D. v. Niedermayer, Moskau (über Reichswehrministerium Berlin);

Dr. Georg Ernst Veiol, Berlin-Dahlem, Takusstraße 3;

Direktor Paul Spalock, Dessau, Junkers u. Co.;

Direktor Gotthard Sachsenberg, Berlin-Schöneberg.“

Schließlich ist es dann auch zu dem Abschluß eines Vertrages mit der russischen Regierung gekommen, so wie er von dem Reichswehrministerium im letzten Paragraphen des Vertrages im März 1922 gefordert worden war.

Auf dieses Dokument erwidert die „Rote Fahne“ vom 7. Oktober 1928 folgendes:

„Was erzählen nun wirklich diese „Dokumente“, die angeblich aus den Reichswehrakten stammen, falls sie nicht überhaupt gefälscht sind? Sie erzählen, was allen bekannt war und stets von uns zu Künstlers Lügenangriffen erklärt wurde: Daß die Sowjetregierung im Jahre 1921 ein Angebot der Firma Junkers, Flugzeugfabriken in der Sowjetunion zu bauen, angenommen hat. Selbstverständlich wird die Regierung der proletarischen Diktatur stets die Hilfe bürgerlicher Spezialisten ausnützen, um sowohl ihre sozialistische Wirtschaft aufzubauen, als auch den revolutionären Staat gegen Kriegsrüstungen der imperialistischen Mächte verteidigungsfähig zu machen. Im Vertrag mit der Firma Junkers handelte es sich um nichts anderes. Der Vertrag wurde später von dieser Firma gelöst, weil er sich nicht genügend „lohnend“ für sie erwies. Es ist selbstverständlich, daß die Sowjetregierung damals die Gegnerschaft des von der Entente **besiegten, niedergeschlagenen** Deutschland zu den imperialistischen Siegermächten **in ihrem eigenen revolutionären Interesse beim Abschluß des Junkers-Geschäftes ausnützte**. —

Die Sowjetregierung handelte genau so, wie schon in früheren Situationen, beispielsweise nach Brest-Litowsk, Lenin

erwähnt in seinem Brief an die amerikanischen Arbeiter die damalige „Abmachung“, die mit französischen Offizieren, die Fachleute im Sprengwesen waren, zum Zerstören der Eisenbahnlinien gegen den deutschen Vormarsch getroffen wurden. Lenin nützte auch damals den Gegensatz zwischen den vorrückenden raubgierigen deutschen Imperialisten und der Entente aus, im Interesse der Verteidigung der russischen und der internationalen proletarischen Revolution.“

Die „Rote Fahne“ wagt nicht, die Echtheit dieses Dokuments zu bestreiten! Sie wagt auch nicht abzustreiten, daß es sich nicht um „Junkergeschäfte“, sondern um ein militärpolitisches Bündnis handelte, daß die damalige **Reichsregierung** einschließlich der Sozialdemokratie sanktionierte. Das damalige „niedergeschlagene Deutschland“ bereitete sich gerade auf eine entscheidende Offensive gegen die durch die Hölle der Inflation gejagte deutsche Arbeiterklasse vor, und im Interesse der „Ausnützung der Gegensätze“ mußten Brandler, Heckert und Konsorten durch ihr „Arbeiterregierungs“experiment das mitteldeutsche Proletariat verraten und den Aufstand der Hamburger Arbeiter isolieren. Das alles „im Interesse der Verteidigung der russischen und internationalen Revolution!“

Wir haben an anderer Stelle schon darauf hingewiesen, welch „revolutionäre“ Theorie aus dieser „revolutionären“ Praxis gebaut wurde, und können unter Hinweis auf das Eingeständnis Ewerts in der „Hamburger Volkzeitung“ das Urteil über den „revolutionären“ Charakter dieses Dokuments, vom dem die „Rote Fahne“ so sehnsüchtig wünscht, daß es „gefälscht“ sein möge (!!) — ruhig den denkenden Arbeitern überlassen. Den Arbeitern der KPD., die aus der Heuchelei der Sozialdemokratie folgern, daß man aus dem berechtigten Haß gegen die Heuchelei der Sozialdemokratie jeden Verrat der III. Internationale verteidigen müsse, kann nicht geholfen werden.



Herausg. u. f. d. Inhalt verantwortl.: B. Schwemann, Bln.-Britz.
Druckerei f. Arb.-Lit. Willi Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

Die „Kommunistische Arbeiter - Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, erscheint wöchentlich. Die „KAZ.“ beleuchtet alle revolutionären und politischen Fragen grundsätzlich vom Standpunkt des revolutionären Marxismus und zeigt die Heerstraße des proletarischen Klassenkampfes. Sie dient lediglich proletarisch-revolutionären Interessen und lehnt jede Anlehnung an bürgerliche Geschäftsmethoden ab. Sie ist die unentbehrlichste Waffe in den Händen jedes klassenbewußten Proletariers.

Der „Kampfzettel“

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisationen) erscheint wöchentlich. Sein Kampf gilt der positiven Herausarbeitung der Prinzipien der AAU. als der Voraussetzung der Arbeiterklasse für ihren Sieg. Suchende Arbeiter, die an der Sache selbst zu zweifeln beginnen, werden in ihm den Weg zu den neuen Ufern finden. Gemeinsam mit der „KAZ.“ ist er dem Proletariat das wissenschaftliche Rüstzeug zu seinem Kampf und Sieg.